

Zwischen regionaler und medial-öffentlicher Verunsicherung: Wer oder was macht uns Angst?

Thomas Feltes, Thomas A. Fischer

Erscheint in: Perspektiven der (Un-)Sicherheitsforschung. Hrsg. :Lars Gerhold und Jochen Schiller, Berlin (2012)

EINLEITUNG

Sicherheit und Kriminalität sind zentrale Themen der medial-öffentlichen Diskussion. Es vergeht kein Tag, an dem nicht auf kriminalitätsbezogene Bedrohungen hingewiesen und ein hoher Handlungsbedarf vermittelt wird. Dabei geht es um „alte“ (oder besser: altbekannte) Bedrohungen wie die Jugendkriminalität oder um „neue“ Gefährdungen wie Amokläufe, organisierte Kriminalität oder internationaler Terrorismus. Angesichts der postulierten Allgegenwart von kriminalitätsbezogenen Bedrohungen ist das Thema auch ein integraler Bestandteil im politischen Diskurs: Schlagzeilen als Spiegel öffentlicher Meinung interpretierend werden im politischen Diskurs unter dem Topos der „Inneren Sicherheit“ regelmäßig Sicherheitsmaßnahmen gefordert, welche die kriminelle Bedrohung neutralisieren sollen. Dabei handelt es sich überwiegend um Forderungen nach repressiven, polizeilichen und strafrechtlichen Mitteln.

Auf den ersten Blick ergibt sich eine sehr homogene Wahrnehmung des Problems „Kriminalität“ und damit verbundener Unsicherheiten in der Öffentlichkeit. Angesichts der Brisanz des Themas im medial-öffentlichen Diskurs erscheint es plausibel davon auszugehen, dass entsprechende Wahrnehmungen von und Einstellungen zu dem Thema Kriminalität auch in der Bevölkerung vorherrschen. Die Frage ist, ob das medial-öffentliche Bild, das eine virulente Angst der Bevölkerung vor Verbrechen unterstellt und als Folge eine zunehmend repressive, punitive Kriminalpolitik einfordert, in der kriminologischen Forschung ihre empirische Bestätigung findet. Der Blick auf die Wahrnehmung von und Einstellungen zu Kriminalität in der Bevölkerung zeigt, dass sich repressive politische Maßnahmen und Forderungen auf ein Konstrukt beziehen, welches weniger die Wahrnehmung und Befürchtungen der Bevölkerung darstellt als vielmehr eine Legitimationsstrategie für die Ausweitung sozialer Kontrolle bei gleichzeitiger politischer Profilierung ist. Wer oder was also macht uns wirklich Angst?

BESTIMMUNG KRIMINALITÄTSBEZOGENER UNSICHERHEIT

Die Kriminologie setzt sich seit den 1960er Jahren unter den Stichworten Kriminalitäts- bzw. Verbrechensfurcht, subjektive Kriminalitätsbelastung und Sicherheitsgefühl mit dem Thema auseinander. Unter anderem waren es steigende Kriminalitätsraten und deren befürchteter negativer Einfluss auf die Lebensqualität und Sicherheitspolitik, welche die Nachfrage nach entsprechenden

Studien schuf. So sollten viktimologische Daten „Hinweise über mögliche Vertrauensverluste in staatliche Kriminalpolitik geben, die sich etwa in einer mangelnden Bereitschaft ausdrückt, Viktimisierungen bei der Polizei anzuzeigen oder gar in Selbstjustiz gipfeln [...]“ (Klimke 2008, S. 97). In den Anfängen der kriminologischen Forschung wurde die Ansicht vertreten, Kriminalitätsfurcht habe ihre Ursache maßgeblich in der Erfahrung persönlicher Opferwerdung. Dabei wurde sehr schnell deutlich, dass neben den eigenen Opfererfahrungen auch indirekte Opfererfahrungen, d.h. erzählte Viktimisierungen im unmittelbaren sozialen und räumlichen Umfeld, berücksichtigt werden müssen, denn es äußerten viele Personen ihre Kriminalitätsfurcht, nur sehr wenige hatten aber eigene Viktimisierungserfahrungen. So plausibel es erscheinen mag, dass direkte und indirekte Viktimisierungen die Verbrechenfurcht erhöhen - die sog. „Viktimisierungsthese“ konnte keine befriedigende Erklärung für kriminalitätsbezogene Unsicherheitsgefühle liefern (vgl. Hale 1996, S. 104 ff; Ferraro 1995, S. 60; Skogan & Maxfield 1981, S. 59 ff.; Skogan 1986, S 171). Entsprechend stellt der 2. Periodische Sicherheitsbericht der Bundesregierung 2006 fest, dass eine „Erklärung von Kriminalitätsfurcht, die auf Wirkungen von Opfererfahrungen abstellt, [...] weder auf der Individual- noch auf der Aggregatebene [...] umfassend und zureichend“ ist (BMI & BMJ 2006, S. 514).

Entsprechend erfolgte eine Ausweitung der Betrachtung: unter der nach wie vor populären Sozialen-Kontroll-Perspektive wurden die Entstehungsbedingungen von Kriminalitätsfurcht mit den Merkmalen des unmittelbaren sozialen Nahraums und dessen Wahrnehmung zu erklären versucht. Für die Entstehung von kriminalitätsbezogenen Unsicherheitsgefühlen wurden Zeichen sozialer Desorganisation wie physische Verfallserscheinungen der Wohngegend und die Anwesenheit sozial nicht erwünschter Personen wie Bettler, Obdachlose oder herumlungernde Jugendliche als ursächlich genannt. Die Bedeutung von solchen Verfallserscheinungen sowie der damit verbundenen Wahrnehmung von sozialer (Un-)Ordnung und der Abwesenheit von informeller sozialer Kontrolle für die Herausbildung kriminalitätsbezogener Unsicherheitsgefühlen hat weite empirische Bestätigung erfahren, auch wenn der sog. „Broken-Windows-Ansatz“ damals wie heute meist falsch verstanden und fehlinterpretiert wird. Dieser Ansatz versäumt es jedoch, Kriminalitätsfurcht in all ihren Ausprägungen zu erfassen: wesentliche Merkmale wie z.B. der Einfluss allgemeiner gesellschaftsbezogener Ängste im Kontext von Kriminalität sowie nicht in der unmittelbaren Lebenswelt der Menschen verortete Erfahrungsressourcen zu Kriminalität bleiben unberücksichtigt. Auch deshalb griffen und greifen die darauf aufbauenden Ansätze zu kurz, zu denen der Null-Toleranz-Ansatz in New York gehört und der zuletzt auch vom Britischen Premierminister Cameron nach den Londoner Jugendunruhen „ausgerufen“ wurde (Feltes 1997, Ortner et al. 1998, Hess 2004). Er wurde inzwischen zum Export-Produkt Nr. 1 in vielen Ländern Europas (und vom Rauchverbot bis zur Gentechnik), und schlägt nicht nur in den USA kuriose Blüten, wo ein vierjähriger Junge im Bundesstaat Maryland wegen „sexueller Belästigung“ bei der Polizei registriert wurde (er hatte im Kindergarten einer

Mitschülerin auf den Po geschlagen) – er war einer von 28, die im Laufe eines Schuljahres wegen einer „Sexualstraftat“ aus dem Kindergarten verwiesen und angezeigt wurden (vgl. Bynoe 2007).

Erklärungsansätze aus der Soziales-Problem-Perspektive versuchten die Entstehungsbedingungen von Kriminalitätsfurcht im Zusammenhang mit den medial vermittelten und auf gesellschaftlicher Ebene thematisierten sozialen Problemen zu erklären. Hier liegt der Fokus weniger auf dem persönlichen Viktimisierungsrisiko als auf der Wahrnehmung von Kriminalität als soziales Problem, d.h. auf der Frage, „in welchem Maße Bürger das Gemeinwesen als durch Kriminalität bedroht bzw. von Kriminalität gekennzeichnet wahrnehmen, inwieweit sie sich Sorgen um die Entwicklung der inneren Sicherheit machen und wie sie die politische Relevanz des Themas Innere Sicherheit und Kriminalität einschätzen“ (BMI & BMJ 2006, S. 490). Dabei wird deutlich, dass es sich bei der Kriminalitätsfurcht weniger um eine spezifische, klar abgrenzbare Furcht vor Straftaten handelt als vielmehr um eine Ausdruckform genereller Verunsicherung, d.h. eine „Projektion sozialer, ökonomischer und existentieller Ängste [...]“ (Hirtenlehner & Hummelsheim 2011, S. 178).

Mittlerweile sind Untersuchungen zur Kriminalitätsfurcht ubiquitär. Hale 1996 bezeichnet diesen Forschungszweig als „Sub-Disziplin“ der Kriminologie. Dennoch ist nach gut 30 Jahren intensiver wissenschaftlicher Beschäftigung noch immer unklar, was genau unter „Kriminalitätsfurcht“ zu verstehen ist. So konnte vor allem die Frage, ob diese Furcht als spezifische, zeitlich überdauernde Einstellung zu verstehen ist oder sich diffuse und wechselnde Ängste dahinter verbergen, nicht geklärt werden (vgl. Dittmann 2005). Insgesamt ist eine zunehmende Erweiterung des Begriffsverständnisses erfolgt, die Sessar (1998) treffend als „Transformation von konkreter Furcht in allgemeine Angst“ (Sessar 1998, S. 402) bezeichnet. Entsprechend wurden immer mehr Faktoren in die Betrachtung mit eingezogen, die in immer komplexeren Modellen mündeten. Heute ist man sich einig, dass sich das individuelle Sicherheitsgefühl als ein mehrdimensionales Gefüge von (auch) kriminalitätsbezogenen Einstellungen darstellt, welche die Wahrnehmungen und Handlungen beeinflussen, die sich auf die persönliche Betroffenheit von Kriminalitätsereignissen beziehen und die gesellschaftliche Dimension wie die Bedrohung der Gesellschaft allgemein mit einschließen.

Weiterhin ist die Unterscheidung zwischen der sozialen und personalen Dimension von Einstellungen zur Kriminalität wichtig. Menschen können die Überzeugung haben, die Gesellschaft sei in hohem Maße durch Kriminalität belastet, und Kriminalität als ein drängendes soziales Problem wahrnehmen, weil es ihnen entsprechend vermittelt wird, ohne notwendigerweise für sich selbst zu befürchten, Opfer einer Straftat zu werden (vgl. BMI & BMJ 2006, S. 491). Eine solche Unterscheidung von personaler und sozialer Kriminalitätseinstellung bleibt aber im medial-öffentlichen wie auch im politischen Diskurs weitgehend unberücksichtigt. Vielmehr wird eine universale, auf allen Ebenen gleich angesetzte Bedrohungslage kommuniziert. Die Gesellschaft als Ganzes wie auch je-

den einzelnen Bürger scheinen gleichermaßen gefährdet. In der folgenden Gesamtschau der Wahrnehmung von Kriminalität wird diese Unterscheidung zwischen personaler und sozialer Dimension von Verbrechensfurcht jedoch beibehalten.

WAHRNEHMUNG UND BEWERTUNG VON KRIMINALITÄT ALS PERSÖNLICHE BEDROHUNG (PERSONALE DIMENSION)

Auf der personalen Ebene stellt Kriminalitätsfurcht eine primär emotionale Reaktion gegenüber vermuteten Ereignissen dar, die als persönliche Bedrohung empfunden werden. Dazu gehören die latente Furcht vor Straftaten oder Belästigungen, z.B. beim abendlichen Gang durch das Wohnviertel ebenso wie das Gefühl, dass in die eigene Wohnung eingebrochen werden könnte oder die Vermutung, dass die Gruppe von Jugendlichen mit Migrationshintergrund, die einem entgegenkommt, auf „Zoff“ aus ist. Inwiefern sich Personen persönlich von Kriminalität bedroht sehen, wird oftmals über den sogenannten Standardindikator gemessen, d.h. durch die Antwort auf die Frage „Wie sicher fühlen Sie sich oder würden sich fühlen, wenn Sie hier in Ihrer Wohngegend nachts draußen alleine sind oder allein wären?“ (vgl. Reuband 2000). Ohne auf die umfassend geäußerte Kritik zu diesem noch heute verwendete Item einzugehen (zusammenfassend: BMI & BMJ 2006, S. 503ff) ist die Problematik, wenn es um die Erfassung kriminalitätsbezogener Unsicherheiten geht, offensichtlich: Es ist davon auszugehen, dass in einer Antwort auf diese Frage neben kriminalitätsbezogenen Unsicherheitsgefühlen auch unspezifische Ängste ausgedrückt werden. Nicht zuletzt aufgrund der Schlagworte „nachts“, „draußen“ und „alleine“, bei denen Begriffe wie „Dunkelheit“, „Fremde Umgebung“ und „Keine Hilfe“ mental präsent sein können, ist eine Subsumierung allein auf eine kriminalitätsspezifische Bedrohungen problematisch. Folge dieser Fehlleistung kriminologischer Forschung ist, dass das Ausmaß des persönlichen Unsicherheitsgefühls regelmäßig zu hoch eingeschätzt wird. So sind in Studien, welche Befürchtungen und Bedrohungserlebnisse in umfassenderen Sinne thematisieren und auch andere Lebensrisiken mit einschließen, kriminalitätsbezogene Befürchtungen deutlich weniger ausgeprägt. Kriminalität als persönliche Bedrohung steht hierbei meist nicht an erster Stelle der Sorgen und Nöte, die Menschen haben (vgl. BMI & BMJ 2006, S. 506). Entsprechend kann man von einem „Thematisierungseffekt“ ausgehen, der sich in den Ergebnissen niederschlägt.

Gefühle der (Un-)Sicherheit werden von Menschen auf unterschiedliche Weise zum Ausdruck gebracht. Neben der emotionalen Furcht, die auf eine bestimmte, für möglich oder gar wahrscheinlich gehaltene Viktimisierung gerichtet ist, lässt sich das individuelle Bedrohungserleben auch daran festmachen, wie hoch Personen die Wahrscheinlichkeit einschätzen, tatsächlich Opfer einer Straftat zu werden. Schließlich können sich Bedrohungswahrnehmungen auch darin zeigen, dass Menschen bestimmte Situationen meiden, weil sie befürchten, Opfer zu werden. Die Einschränkung auf die Emotionen Furcht und Angst wür-

de somit in eine analytische Sackgasse führen (vgl. Frevel 2003). Entsprechend ist sowohl die emotionale, als auch die kognitive und die konative, verhaltensbezogenen Dimension des Sicherheitsgefühls zu berücksichtigen, wenn man ein angemessenes Bild der Kriminalitätsfurcht erhalten will.

Generell spielt die Wahrnehmung eigener Kompetenzen und Ressourcen, wie man mit einer Bedrohung umgehen bzw. diese bewältigen kann, eine wichtige Rolle. Je nach eigener Einschätzung kann es eine höhere oder niedrigere subjektive Vulnerabilität geben. Dasselbe Delikt kann bei verschiedenen Personen unterschiedliche Angst auslösen (vgl. Reuband 2009, S. 235). Dieses Konzept der Vulnerabilität erklärt auch das sog. „Kriminalitätsfurcht-Paradoxon“: Ältere Menschen und Frauen, die beide ein eher niedriges Viktimisierungsrisiko haben, weisen eine höhere Verbrechensfurcht auf. Dies ist auf den unterschiedlichen Grad von subjektiver Vulnerabilität zurückzuführen: Sie schätzen sich persönlich als verletzbarer ein.

Hinsichtlich der konativen Dimension haben Schutz- und Vermeiderverhalten starken Einfluss auf die Risikoeinschätzung und auf das Sicherheitsgefühl. Aktive Maßnahmen wie die Anschaffung eines Wachhundes oder der Einbau von Sicherheitsschlössern, aber auch passive Verhaltensweisen, um entsprechend bedrohliche Situation zu vermeiden und deren Einfluss auf das eigene Sicherheitsgefühl spielen hierbei eine wesentliche Rolle.

Die scheinbar offensichtlichste Ursache von Kriminalitätsfurcht stellt (wie bereits eingangs gezeigt) die eigene Opfererfahrung dar. Studien, die sich mit diesem Zusammenhang beschäftigten, kamen zu unterschiedlichen Ergebnissen. So zeigen einige Untersuchungen, dass die Differenzen in der Ausprägung der affektiven Komponente der Kriminalitätsfurcht zwischen Opfern und Nicht-Opfern eher klein und meist nicht signifikant sind. Teilweise weisen die Opfer einer Straftat sogar eine niedrigere (affektive) Kriminalitätsfurcht auf. Die Wahrnehmung der Opfererfahrung wäre demnach ein wesentlicher Faktor für eine Erhöhung oder auch Verringerung von empfundener Furcht. So kann sich Angst vor bestimmten Delikten durch die konkrete Opferwerdung entwickeln, verstärken oder vermindern, je nachdem, wie bedrohlich die eigene Viktimisierung ausfiel.

Auf der anderen Seite konnten Kury und Obergfell-Fuchs (2003a) zeigen, dass sehr viele persönliche Merkmale die Verbrechensfurcht beeinflussen. Neben dem Geschlecht und dem Alter sind es folgende Merkmale, die die Furcht hochsignifikant positiv beeinflussen: Gesundheitsorgen, Emotionalität und Erregbarkeit, körperliche Beschwerden. Demgegenüber haben diejenigen, die eine höhere Lebenszufriedenheit angeben, auch eine niedrigere Verbrechensfurcht. Betrachtet man die Ergebnisse zur kognitiven Dimension der Kriminalitätsfurcht, dann zeigt sich, dass eine Person die Viktimisierung zwar in ihre Risikoeinschätzung aufnimmt, sich aber keine Furcht entwickeln muss, wenn sie der Überzeugung ist, über ausreichend Bewältigungsfähigkeiten zu verfügen (vgl. Maxfield 1987). Ferner sind Reaktionen auf der Verhaltensebene mitentscheidend. Durch entsprechende Verhaltensänderungen können das Viktimisierungs-

risiko minimiert und die persönlichen Bewältigungsfähigkeiten als günstig eingeschätzt werden.

Neben direkten Opfererfahrungen spielen auch indirekte Opfererfahrungen („Opfer vom Hörensagen“), d.h. erzählte Viktimisierungen im unmittelbaren sozialen und räumlichen Umfeld eine wesentliche, wenn nicht sogar entscheidendere Rolle. Wetzels et al. (1995) weisen darauf hin, dass derart stellvertretende Viktimisierung – je nach Delikt – zwischen 10 und 70 mal häufiger vorkommt als direkte Viktimisierung. Auch die Folgen für das Sicherheitsgefühl können in Anbetracht der nicht gegebenen Möglichkeit der Relativierung von Opfererfahrungen drastischer sein. Die Auswirkungen der indirekten Viktimisierung auf die Kriminalitätsfurcht sind vielfach stärker als die der persönlichen Opferwerdung, da sie verdeutlichen, dass die Kriminalität auch im näheren Umfeld vorkommt, das Leiden der Opfer anschaulich (und häufig auch übertrieben) dargestellt wird und die eigene Vulnerabilität bewusst wird (vgl. Frevel 2003, S. 327) Bei einer im Jahr 2000 in der Schweiz durchgeführten Studie zeigt sich, dass das „Wissen vom Hörensagen“ oftmals wesentlich bedeutsamer ist, als die Erfahrung eigener Opferwerdung. 14 % der befragten Bürger waren selbst Opfer einer Straftat, während deutlich mehr Befragte (44 %) Opfer einer Straftat kennen. Diejenigen, die eigene Opfererfahrungen haben, weisen keine höhere Kriminalitätsfurcht auf als solche, die nicht Opfer wurden. Personen, die jedoch entsprechende Erfahrungen nur vom „Hörensagen“ kennen, denken deutlich öfter daran, selbst Opfer zu werden, haben deutlich mehr Angst vor Straftaten in der eigenen Wohngegend und beurteilen die Sicherheitslage in der Stadt wesentlich schlechter, und bewerten auch die Polizeiarbeit deutlich schlechter.

Neben der Erfahrung direkter oder indirekter Viktimisierung spielen Merkmale des sozialen Nahraums und dessen Wahrnehmung eine entscheidende Rolle. Physische Verfallserscheinungen und die Anwesenheit sozial unerwünschter („fremder“) Personen können als Zeichen sozialer Desorganisation und fehlender informeller Kontrolle bewertet werden und so die kriminalitätsbezogene Wahrnehmung der Bewohner beeinflussen. Aber auch hier ist der erwähnte „Thematisierungseffekt“ zu berücksichtigen. Untersuchungen der „Forschungsgruppe Kommunale Kriminalprävention in Baden-Württemberg“ (1998) zeigen, dass hinsichtlich der dringendsten Probleme in der Wohngemeinde nur etwa jede zehnte Antwort die Kriminalität betraf. Weitaus häufiger erwähnt wurden dagegen Probleme der allgemeinen gemeindlichen Infrastruktur, hier allen voran das Verkehrsproblem, sowie Wohnungsnot, Arbeitsplatzmangel und unzureichendes Freizeit-, Kultur- und Sportstättenangebot (vgl. hierzu auch Feltes 1995). Mitentscheidend sind zudem sozialstrukturelle Merkmale sowie die Existenz von sozialen Netzwerken. Lüdemann (2005) kommt zum Ergebnis, dass zwar Bewohner in sozial benachteiligten Wohngebieten Verfallserscheinungen häufiger wahrnehmen, der Einfluss von Verfallserscheinungen auf die Kriminalitätsfurcht bei Bewohnern in weniger sozial benachteiligten Gebieten jedoch stärker ist.

Vergleicht man die subjektive Beurteilung der Kriminalität, dann kommt dem örtlichen Bezug bzw. der geographischen Reichweite der jeweiligen Kriminalitätsfurcht eine wichtige Bedeutung zu. Die Kriminalitätslage wird dabei umso günstiger eingeschätzt, je geringer die geographische Reichweite ist. Die eigene Wohngegend wird in aller Regel als (relativ) sicher wahrgenommen. Die Diskrepanz zwischen einem vermuteten allgemeinen Anstieg der Kriminalität und dem Eindruck das eigene Wohngebiet sei davon weitgehend ausgenommen bzw. weniger davon betroffen, beschreiben Hindelang et. al. (1978) als „crime-is-rising-at-distance“, so dass Kriminalität als “non-personal, non-local” erscheint (vgl. auch Skogan 1986, S. 169 ff.; Klimke 2008, S. 132). Diesen Eindruck erhält man auch, wenn man die Bewältigung von Unsicherheitsgefühlen in den Blick nimmt. Der konkrete Schutz vor Kriminalität ist im Alltagsleben der Bürger mehrheitlich innerhalb ganz selbstverständlicher Alltagsroutinen verortet. Kriminalität gehört zu den Risiken der spätmodernen Gesellschaft, die bei der Organisation des alltäglichen Lebens berücksichtigt und bewältigt werden müssen. So schützt man sich „vor kriminellen Adressierungen genauso wie vor allen anderen Gefahren“ (Klimke 2008, S. 175). In der eigenen Wohngegend bewegt man sich sicher, auch wenn sie objektiv kriminalitätsbelastet ist; fremde Gegenden meidet man, vor allem, wenn der „Ruf“ eines Stadtteils schlecht ist – unabhängig von der tatsächlichen Kriminalitätslage dort (vgl. Kury & Obergfell-Fuchs 2003b, S. 120 ff.). Kriminalitätsfurcht kann dysfunktionale, Freiheit und Lebensqualität einschränkende Ausmaße annehmen. Dennoch spricht vieles dafür, dass für einen Großteil der Bevölkerung das Kriminalitätsproblem im Sinne einer persönlichen Bedrohung nicht ständig präsent, aber die Forderung nach Bekämpfung der Schimäre Kriminalität durch den Staat und seine Repräsentanten jederzeit (durch Medien oder Politiker) abrufbar und potenzierbar ist.

WAHRNEHMUNG UND BEWERTUNG VON KRIMINALITÄT ALS SOZIALES PROBLEM (SOZIALE DIMENSION)

Die eigene Viktimisierung ist ein relativ seltenes Ereignis. Von 100.000 Frauen über 60 Jahren werden beispielsweise lediglich 16 pro Jahr Opfer eines Handtaschenraubes (zum Vergleich: von 100.000 der jeweiligen Gruppe werden über 400 männliche Jugendliche Opfer eines Raubes und rund 220 weibliche Jugendliche Opfer einer Straftat gegen die sexuelle Selbstbestimmung). Konkret bedeutet dies, dass bei Opferbefragungen die Grundgesamtheit der Befragten entsprechend groß sein muss, um überhaupt verlässliche Prävalenzen zu bekommen – was aber selten möglich ist: Um nur eine weibliche Person über 60 Jahre im Befragungssample zu haben müsste – nach den Regeln der Wahrscheinlichkeit – über 40.000 Personen befragt werden¹. Erfahrungen mit Kriminalität werden vor allem, aber nicht nur bei älteren Menschen vornehmlich

¹ Berechnung: 16 Opfer auf 100.000 der Altersgruppe = 6.250 Personen aus der Bezugsgruppe müssten befragt werden, um ein Opfer zu bekommen; berücksichtigt man den Anteil der über 60jährigen Frauen an der Gesamtbevölkerung (ca. 14 %), dann erhöht sich diese Zahl auf über 40.000.

durch die Medien oder durch persönliche Gespräche vermittelt. Damit sind die Medien, die auch über die personale Kommunikation „wirken“ (sog. „agenda setting“, vgl. Rössler 1997) maßgeblich für die Herausbildung von Kriminalitätseinstellungen. (vgl. Kräupel & Ludwig 1993, S: 45-46). Kriminalität ist dort in verschiedenen Formen inzwischen eher die Regel als die Ausnahme (vgl. Reuband 1998, S. 131, Bidlo 2011a, S. 131). Inhaltsanalytische Studien zeigten schon früh, dass das Bild von Kriminalität gegenüber der sozialen Realität sowohl hinsichtlich Qualität als auch Quantität erheblich verzerrt ist (Kerner/Feltes 1980, Reuband 1998). Um der Bedeutung von Medien in kriminalitätsbezogenen Diskursen gerecht zu werden, ist es notwendig, diese nicht mehr nur als Vermittler von Informationen – ob verzerrt oder nicht – zu betrachten, sondern „als eigenständige Akteure der Konstruktion von Wirklichkeit angesehen werden, die nach einer eigenen Logik funktionieren [...]“ (Groenemeyer 2010, S. 11). Bidlo (2011b) schreibt dazu, dass „das Handeln der Medien, das sich mit dem Begriff des Akteurs verknüpft, nicht nur das Vermitteln bzw. Distributieren und Kommentieren von Nachrichten ist [...], sondern sich vor allem auf die besondere off air und on air Aktivität, die Selbstgestaltung von Themen im Feld der Inneren Sicherheit und die Aktivierung von Rezipienten und entsprechenden Institutionen (z.B. Polizei, Politik allgemein, Jugendämter, Ordnungsamt usw.) bezieht“ (Bidlo 2011b, S. 54). Damit sind Medien nicht mehr nur die ‚Begleitmusik‘ zu dem eigentlichen politischen Geschehen dar, sondern sind ein wesentlicher Teil der Politik (Reichertz 2010, S. 47). Entsprechend stellt sich die Frage nach den dahinterliegenden Motiven sowie der Diskursinhalte, die medial vermittelt werden und nicht zuletzt, welchen Bezug diese zu den anderen Akteuren aufweisen.

Die Überpräsentation von Kriminalität folgt journalistischen Grundregeln. Berichtet wird über das, was einen hohen Nachrichtenwert hat und gute Einschaltquoten verspricht (vgl. Schubarth 2001, S. 26). Neben dem Nachrichtenwert erscheint auch der Unterhaltungswert zunehmend an Relevanz für die Medien zu gewinnen. Schetsche (2000) schreibt dazu: „Die traditionelle Trennung der drei Medienbestandteile Information, Unterhaltung und Werbung steht inzwischen (...) selbst zur Disposition. (...) Dass eine Angleichung erfolgt, zeigt sich auch daran, dass aufgrund der Konkurrenz um die Aufmerksamkeit der Rezipienten sogar die eher faktional übermittelten Informationen regelmäßig skandalisiert, also emotional aufgeladen werden. Die Bedeutung der affektuellen Bestandteile von Deutungsmustern nimmt damit insgesamt zu. Nicht nur beim Fernsehen scheint es mir inzwischen fraglich, ob eine analytische Trennung von Information und Unterhaltung noch möglich und sinnvoll ist“ (Schetsche, 2000, S. 102). Im Kontext Innerer Sicherheit bezeichnen Bidlo und Englert (2011) dieses Zusammen- und Wechselspiel von Unterhaltung und der Vermittlung der Inneren Sicherheit treffend als „Securitainment“ (Bidlo & Englert 2011, S. 239; vgl. auch Reichertz 2010, S. 56). Dies umfasst neben der spezifischen Darstellung von Themen der Inneren Sicherheit auch eine spezifische Wirkung auf die Sichtweisen der Rezipienten: „Das Securitainment als eine besondere Darstel-

lungsform, sein Angebot von Deutungs- und Handlungsmustern wirkt zurück auf die Alltagsstruktur der Rezipienten“ (Bidlo/Englert 2011, S. 239).

Themen, welche einen Sachverhalt als Verstoß gegen die Regeln der Gemeinschaft darstellen und dementsprechend Empörung seitens der Bevölkerung auslösen (können), finden eher Zuspruch, und entsprechend sind es vorwiegend ökonomische Gründe, welche das Thema Kriminalität attraktiv machen: Der Leser oder Zuschauer bekommt das geboten, was er Lesen oder Sehen möchte. „Dass ein solches Agieren der Medien vor allem der Bindung der Leser / Zuhörer / Zuschauer an das ‘Programm’ der Medien dient, dass es also um Kundenbindung geht und nicht um eine (ausgearbeitete) Sicherheitspolitik, ändert nichts daran, dass es de facto Sicherheitspolitik ist.“ (Reichertz 2010, S. 56)

Die regelmäßige und emotional gefärbte Berichterstattung in den Medien signalisiert den politischen Instanzen Handlungsbedarf. Umgekehrt erkennen die Politiker, dass sie sich politisch profilieren können, wenn sie die meist selbst produzierten Ängste der Bürger aufnehmen und den Eindruck von Handlungsbereitschaft erwecken, in dem sie härtere Strafen oder neue Sanktionen fordern (wie dies zuletzt bei der Sicherungsverwahrung der Fall war, wo sogar ein neues Gesetz (Therapieunterbringungsgesetz, ThUG) eigens für eine sehr kleine Gruppe von aus der Sicherungsverwahrung Entlassenen in kurzer Zeit verabschiedet wurde). Meist scheinen die Forderungen nach höheren Strafen zudem kostenneutral, wobei die langfristigen Kosten sowie die Risiken und Nebenwirkungen von Sanktionen wissentlich ausgeblendet werden. Es gilt Handlungsfähigkeit zu beweisen und Kompetenz zu beweisen: Massenmediale Problematisierungen bieten Politikern ein Forum zur Selbstdarstellung. Man kann den politischen Gegnern Unfähigkeit unterstellen und sich selbst als Problemlöser anbieten. Der Politiker, der auf einen entsprechenden Themenzug nicht mit aufspringt, wird abgehängt. Meist liefern noch Vertreter von Interessengruppen (z.B. von Polizeigewerkschaften) rhetorische Steilvorlagen, die man nur aufgreifen muss. Somit ist die staatliche Anerkennung der Problemwahrnehmung wesentlich vom (partei-)politischen Kalkül abhängig und dementsprechend bietet es sich an, die öffentliche Problemwahrnehmung zur Stimmenmaximierung zu nutzen.

Das Problem Kriminalität und seine Bekämpfung hat ein nicht zu unterschätzendes, letztendlich politisch relevantes und wirksames Potential öffentlicher Unterstützung – nicht umsonst erklären seit Jahrzehnten US-amerikanische Präsidenten einen „war on crime“ oder „war on drugs“ – wohlwissend, dass diese Kriege noch keiner ihrer Vorgänger gewonnen hat und sie auch nicht zu gewinnen sind. In den Medien haben populistische Forderungen nach einfachen Lösungen wesentlich mehr Sendezeit als Hinweise auf wissenschaftlich fundierte gesellschaftlichen Wurzeln und Entstehungsbedingungen von Kriminalität (vgl. Grabowsky & Wilson 1989). Wenn es einmal zum „Showdown“ der Argumente kommt, wie z.B. in den Diskussionsrunden „Hart aber Fair“ oder „Peter Hahne“ zum Thema Sicherungsverwahrung, an denen Thomas Feltes teilgenommen hat, dann wird vordergründig auf Ausgewogenheit geachtet (bis hin zu bestelltem Applaus durch das Studio-Publikum in der Live-Sendung auch und gerade für

den nicht dem mainstream vertretenden Wissenschaftler), in Wirklichkeit geht der Blick aber beständig in Richtung Quote und damit (vermuteter) Mehrheitsmeinung. Weil nicht medienwirksam, haben es sachliche Argumente schwer, sich innerhalb des emotional beherrschten Diskurses zu behaupten, „da über die Durchsetzung einer Problemwahrnehmung letztlich wieder in der massenmedial beherrschten Öffentlichkeit entschieden wird.“ (Schubarth 2001, S. 27).

Der Diskurs bewegt sich unentwegt innerhalb der von den Medien vorgegeben Bahnen, d.h. die Politiker beziehen sich auf die emotionalisierte Berichterstattung und diese wiederum bezieht sich auf die plakativen Forderungen der Politiker. Ein Perpetuum Mobile, mit dem beide Seiten problemlos spielen und sich profilieren (oder Quote machen) können. Mittelfristig aber werden sowohl Täter, als auch Opfer nachhaltig geschädigt. Streng (2009) schreibt dazu: „Nachdem Abwiegen oder komplizierte Sachargumente im öffentlichkeitsbezogenen politischen Diskurs schwer verkäuflich sind, scheint der Weg in den ´politisch-publizistischen Verstärkerkreislauf´ vorgebahnt, nämlich in das wechselseitige Aufschaukeln von dramatisierter Berichterstattung und plakativer politischer Reaktion“ (Streng 2009, S. 195). Cremer-Schäfer (2003) beschreibt den Zusammenhang zwischen massenmedialer Emotionalisierung und von der Politik initiierten Maßnahmen mit einem, den spätmodernen Gesellschaften zugrundeliegenden „strukturellen Populismus“. Politische Interventionen kommen „fast nur noch zustande, wenn ein ´Skandal´ in der Form einer Bildungskatastrophe oder einer Gefahr für den Bürger und die Ordnung ausgerufen wird“ (Cremer-Schäfer 2003, S.177). Dabei bieten sich vor allem klare, einfache und kausal anmutende Maßnahmen gegen Kriminalität an, die auf den ersten Blick plausibel erscheinen und nicht zuletzt auch der moralischen Komponente des medial-öffentlichen Diskurses Rechnung tragen: „Um der Öffentlichkeit staatliches Engagement zu demonstrieren, zugleich aber keine weiteren Ressourcen ausgeben zu müssen [...], ist die Debatte um das Strafrecht das ideale Mittel. Dabei geht es primär um symbolische Wirkungen, d.h. es soll der Anschein von Entschlossenheit und Aktivität erweckt werden bei gleichzeitigem Verzicht auf eine effektive Problembekämpfung“ (Schubarth 2001, S. 28).

Der Rückgriff auf das medial-öffentliche Bild von Kriminalität ist nicht ohne Einfluss auf die Wahrnehmung von Kriminalität und kann es auch nicht sein. Windzio et al. (2007) haben die tatsächliche Entwicklung des Kriminalitätsaufkommens zwischen 1995 und 2005 mit der von der Bevölkerung vermuteten Entwicklung verglichen (s. Abb. 1) und eine eklatante Überschätzung der Häufigkeit von (besonders schwerwiegenden) Straftaten deutlich gemacht.

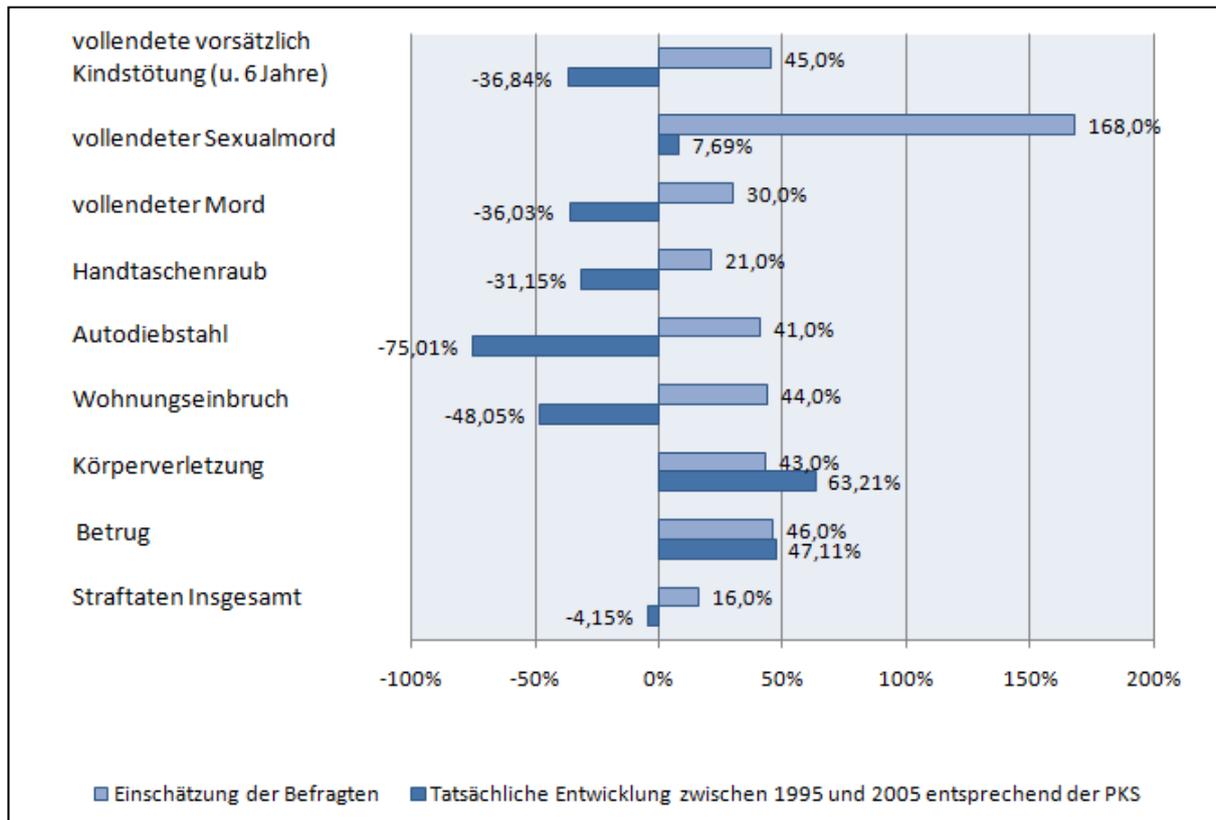


Abbildung 1: Entwicklung des Kriminalitätsaufkommens zwischen 1995 und 2005 sowie die Einschätzung der Bevölkerung (nach Windzio et al., 2007)

Betrugs- und Körperverletzungsdelikte wurden geringfügig unterschätzt, während sich eine teilweise erhebliche Überschätzung vor allem bei Wohnungseinbruch, Kindstötungen und Sexualmorden zeigt. Zu ähnlichen Ergebnissen kommen auch andere Studien (vgl. bspw. Schwind et al. 1989, Bilsky et al. 1993). Die Quote derer, die eine Zunahme der Kriminalität vermuten, schwankt je nach Erhebungszeitraum und -ort zwischen 70% und 90% (BMI & BMJ 2006, S. 492).

In welchem Ausmaß mediale Darstellungen von Kriminalität Auswirkungen auf die Einstellungen der Rezipienten haben, hängt von einer Vielzahl an Faktoren ab. Die Medienwirkungsforschung zeigt hierzu unterschiedliche Ergebnisse. Offensichtlich ist die Art und Häufigkeit des Medienkonsums ebenso entscheidend wie die intellektuelle Leistungsfähigkeit. Vor allem aber spielt die Einbindung des Medienkonsums in den sozialen Kontext eine wichtige Rolle. Eine Mediennutzung, die vor allem bei Kindern und Jugendlichen alleine und ohne

familiäre Einbindung geschieht, hat andere (negativere) Auswirkungen als der Konsum im Familienverbund.

Letztlich dürften weniger die Medien selbst „Wirkungen“ hervorrufen als die Rezeption der Inhalte durch die unmittelbare soziale Umgebung und damit verbundene Verstärkereffekte, denn Medieninhalte werden vor dem Hintergrund eigener Erfahrungen und Einstellungen rezipiert und im interpersonalen Diskurs kommentiert. Die im medial-öffentlichen Diskurs postulierten Problemwahrnehmungen können sich so indirekt und durch personale Kommunikation vermittelt in der Bevölkerung niederschlagen. Dies erklärt auch, warum sich Menschen über die (sozialen) Ursachen von Kriminalität durchaus im Klaren sind, andererseits jedoch einfache und vordergründige Lösungen des Kriminalitätsproblems fordern. In den durchgeführten Befragungen der Forschungsgruppe Kommunale Kriminalprävention in Baden-Württemberg (1998) wurden von den Bürgern als Ursache für die (vermutete) Zunahme von Kriminalität vor allem ökonomische und strukturelle Faktoren genannt, während zur Beseitigung dieser Kriminalitätsprobleme nach der Polizei gerufen wird (Oberfell-Fuchs/Kury 2003b, S. 116 f. für Freiburg, Heinz/Spiess 2003, S. 162 ff. für Ravensburg/Weingarten). Die Bürger haben offensichtlich die gebetsmühlenartig vortragenen Forderungen internalisiert, wonach mehr Polizei und härtere Strafen (alle) Kriminalitätsprobleme lösen.

Kriminalitätsbezogene Ängste und Sorgen scheinen in den 1990er Jahren überproportional angestiegen zu sein. Erklärt wird dieser Anstieg mit dem höheren und stärkeren Anstieg von Kriminalitätsfurcht in Ostdeutschland. Die nach der Wiedervereinigung zu beobachtenden kulturellen, politischen und sozialen Veränderungen in den neuen Bundesländern haben offensichtlich zu einer wachsenden allgemeinen Verunsicherung und zunehmender Kriminalitätsfurcht geführt (Dittmann 2005, S. 4). Aber auch die Kriminalitätsfurcht in Westdeutschland ist nicht unberührt von den kulturellen, politischen und sozialen Veränderungen geblieben. Betrachtet man die weitere Entwicklung der Kriminalitätsfurcht, dann wird deutlich, dass seit Mitte der 1990er Jahre ein Rückgang der kriminalitätsbezogenen Unsicherheitsgefühle eingetreten ist. Dittmann (2009) konnte anhand von Daten des SOEP einen deutlichen Rückgang der Kriminalitätssorgen seit Mitte der 90er Jahre zeigen (*s. Abb. 2*).

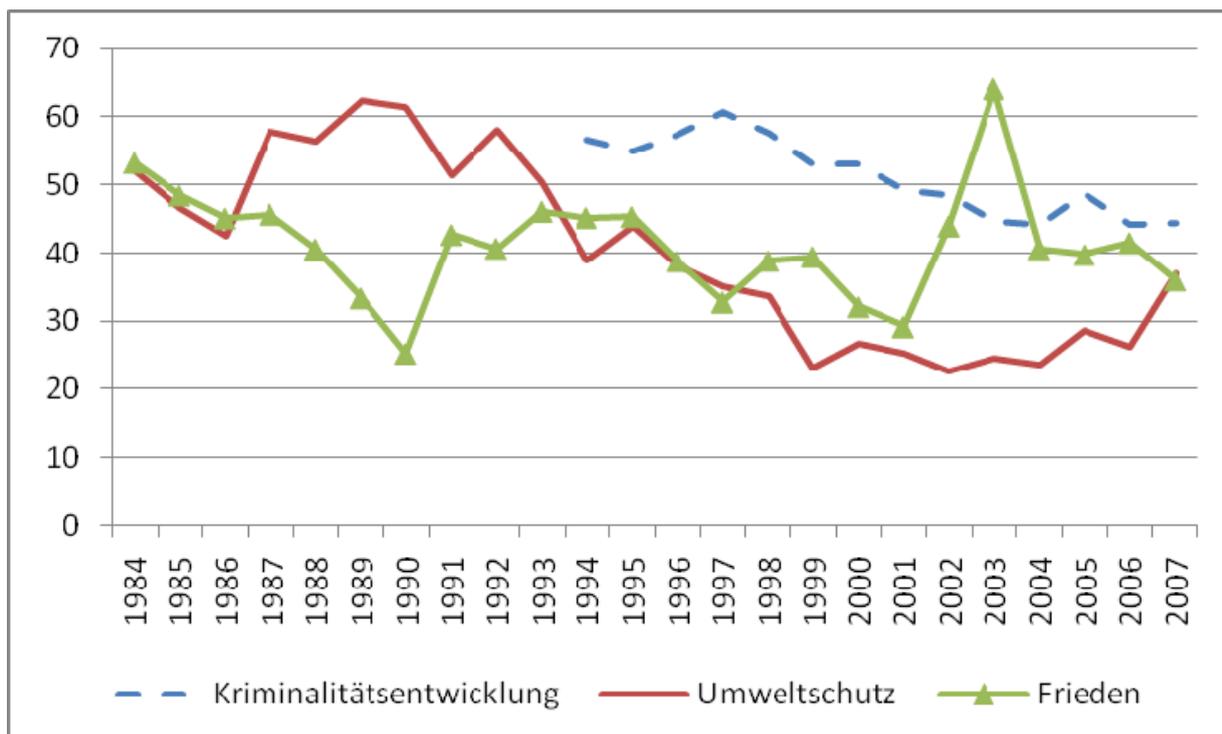


Abbildung 2: Große Sorgen in der Bevölkerung um Kriminalitätsentwicklung, Frieden und Umweltschutz in Prozent (Dittmann, 2009, S. 5)

Auch die Daten der von der R+V Versicherung seit 1991 durchgeführten Befragung zu den „Ängsten der Deutschen“ verzeichnet einen deutlichen Rückgang kriminalitätsbezogener Sorgen. Bei der aktuellen Befragung aus dem Jahr 2011 rangiert das Thema „Angst vor Straftaten“ auf Platz 15 und damit an vorletzter Stelle. Lediglich 28% der Befragten äußerten Sorgen wegen Kriminalität. Weit mehr Personen sorgten sich um steigende Lebensunterhaltskosten (63%), Naturkatastrophen (60%), Pflegebedürftigkeit im Alter (55%) oder überforderte Politiker (53%). Überwiegend sind es wirtschafts- und sozialpolitische Themen, welche die Ängste der Deutschen hervorrufen. Auf der anderen Seite wird die Furcht vor (einem Anstieg der) Kriminalität von deutlich mehr Personen bejaht, wenn man direkt danach fragt und nicht, wie in der Befragung der R+V Versicherung, offen nach „Problemen in der Gesellschaft“. Das Thema „Kriminalität“ ist offensichtlich ein Reizthema, das man nur abrufen muss, um entsprechende Meinungen bzw. Zustimmung wiedergegeben zu bekommen. Die Menschen geben damit nicht ihre tatsächlichen Ängste und Befürchtungen an sondern solche, die ihnen von Medien und Politik suggeriert werden. Für die Politik ist diese Verlagerung der Angstaufmerksamkeit aus dem sozialen und wirtschaftlichen Bereich hin zur Kriminalität sehr funktional: Während wirkliche Veränderungen z.B. im Bereich der Gesundheitspolitik oder der Arbeitsmarktpolitik teuer und schwer umsetzbar wären, kann man sich als Hüter von Recht und Ordnung und als jemand, der gegen „die Kriminalität“ kämpft, quasi kostenlos profilieren, denn die langfristigen Risiken und Nebenwirkungen dieser Form von irrationaler Kriminalpolitik werden zu gerne verdrängt.

KRIMINALITÄT ALS METAPHER

Je weiter sich Kriminalität dem persönlichen Erfahrungsraum der Menschen entzieht, desto größer und auch bedrohlicher konstituiert sie sich in der Wahrnehmung und Bewertung der Bevölkerung. Je weniger unmittelbar in der Lebenswelt der Menschen verortete Erfahrungsressourcen zum Thema Kriminalität abgerufen werden können, desto mehr „non-local, non-personal“, aber auch desto abstrakter und bedrohlicher erscheint Kriminalität. In der Wahrnehmung von Kriminalität als Bedrohung spiegeln sich auch allgemeine, vielfältige Sorgen und Verunsicherungen nieder. Verbrechensangst bietet eine Projektionsfläche für eine tiefgreifende soziale Verunsicherung. Die erfragte „Furcht vor Kriminalität“ bildet immer auch breitere Ängste ab – wie oben gezeigt. So werden diffuse, „im Einzelnen schwer fassbare Existenz- und Zukunftsängste [...] auf Kriminalität übertragen, die dann als greifbare Vergegenständlichung der ansonsten schwer auf den Punkt zu bringenden Lebens- und Systemrisiken dient. [...] Indem die aus den Transformationen spätmoderner Lebensbedingungen gespeisten Ängste auf spezifische Probleme herab gebrochen werden, werden sie benennbar, kommunizierbar, bearbeitbar und manchmal auch überwindbar. Kriminalität wird damit zum kleinsten gemeinsamen Nenner einer Fülle anders gelagerter Unsicherheiten“ (Hirtenlehner/Hummelsheim 2011, S. 180). Angesichts der vielfältigen Unsicherheiten in der spätmodernen Gesellschaft lässt sich wenigstens im Rahmen der Auseinandersetzung mit dem Thema Kriminalität Sicherheit – im Sinne von Gewissheit – herstellen, was dann stellvertretend für allgemeine Unsicherheitsgefühle geschieht. Angesichts der im medial-öffentlichen Diskurs formulierten Problemdeutungen erscheint es eindeutig, wer und was Angst macht. So sind es regelmäßig und zyklisch wiederkehrend gewalttätige Jugendliche und Ausländer (vgl. Feltes 2003, S. 280) sowie aktuell „islamistische“ Terroristen, aber auch „gefährliche Serientäter“ und „pädophile Kindererschänder“ (vgl. Groenemeyer 2010, S. 8). Dass dabei manchmal die Medien aufgrund ihrer als notwendig erachteten Schnelligkeit (Wer hat die erste Schlagzeile?) die (erwarteten?) Ergebnisse vorwegnehmen und dabei grundlegend falsch liegen können, zeigen die ersten Meldungen der ARD nach dem Massaker auf der norwegischen Insel vor Oslo: Hier war von „vermutlich islamistischen Terroristen“ die Rede, obwohl es ein rechtsextremistischer Einzeltäter war. Die Politik fällt dann manchmal in die gleiche Grube: Als der baden-württembergische Innenminister recht unmittelbar nach dem „Amoklauf“ von Winnenden verkündete, dass der Täter seine Tat im Internet angekündigt habe, waren er und die ihm zuliefernde Polizei auf eine gefälschte Website hereingefallen.

Bei alle dem wird deutlich gemacht, was getan werden muss, um diese Feinde der gesellschaftlichen Ordnung und Inneren Sicherheit zu bekämpfen: klare und eindeutige Lösungen im Sinne punitiver Kriminalpolitik (mehr und härtere Strafen). In ihrer Eindeutigkeit und ihrer Verbindung zur moralisch-emotionalen Entrüstung und damit zusammenhängende Bedürfnisse nach Vergeltung und Exklusion erscheinen diese Forderungen in Zeiten großer Verunsicherung at-

traktiv und finden ihren Niederschlag in den Einstellungen der Bevölkerung, die man psychoanalytisch als Triebabfuhr oder auch als Sublimierung sehen kann.

FAZIT

Angst macht das Unbekannte, das Fremde, das, was sich unserer konkreten lebensweltlichen Erfahrung entzieht und dabei umso abstrakter, aber eben auch bedrohlicher erscheint – ein Aspekt, der Kriminalromane und Fernsehkrimis so attraktiv macht. Man kann sich gruseln, ohne dass eine tatsächliche Gefahr besteht (Feltas 2007).

Es ist die stets vorhandene Ungewissheit über die universale Bedrohung der eigenen Zukunft, die wie ein Damokles-Schwert über unseren Köpfen schwebt und damit Angst macht, weil sie uns jederzeit (so glauben wir) betreffen kann – sei es durch Arbeitslosigkeit, Krankheit, Mittellosigkeit oder eben Kriminalität. Angesichts der vielfältigen, zunehmenden Verunsicherungen in spätmodernen Gesellschaften werden Durchschaubarkeit und Berechenbarkeit von Lebensrisiken unmöglich. Die Ungewissheit des eigenen Schicksals wird hingegen immer größer. Umso attraktiver erscheinen Deutungsangebote, die klar vorgeben, was und wer bedrohlich ist und nicht zuletzt, dass etwas dagegen getan werden kann und was notwendig ist. Der Zusammenschluss aller „billig und gerecht Denkenden“ (so die gerne in Urteilen verwendete Floskel) gegen den Feind Kriminalität stärkt den inneren Zusammenhang einer zerbröselnden Gesellschaft. Dabei bleibt (bewusst?) unberücksichtigt, dass nach wie vor die Familie der Ort ist, an dem die meiste Gewalt ausgeübt wird (Feltas 1996).

Die medial-öffentliche Diskussion zum Thema Kriminalität erscheint auch aus dieser Perspektive attraktiv. Sie gibt eine klare Orientierung, der man nur zu gerne folgt. Dabei spielen auch individualpsychologische Gründe eine Rolle: Man kann so die Komplexität der Welt reduzieren und glaubt, sie zu verstehen. Was man verstehen kann, das reduziert Ängste. Daher suchen wir auch beständige nach „Gründen“ für Gewalttaten Jugendlicher (besonders bei „abscheulichen“ und „unverständlichen“), wobei die Täter die oftmals aber keine Gründe oder Motive haben oder zumindest keine angeben können.

Dieser Diskurs geht an den wirklichen Ursachen von Kriminalität und letztendlich auch an einer Diskussion über eine konstruktive Bearbeitung des sozialen Sachverhalts „Kriminalität“ vorbei und verhindert eine rationale, an empirischen Ergebnissen orientierte Kriminalpolitik. Mit dieser Form von „Pseudo-Kriminalpolitik“, die oftmals dann zur symbolischen Politik wird (vgl. Sack 2010), werden politische Untätigkeit und Fehlverhalten in anderen Bereichen kaschiert. Man orientiert sich nicht an den tatsächlichen Sorgen und Ängsten der Bevölkerung (da man diese nur schwer reduzieren könnte), sondern an einer ideellen „Kokon-Realität“ (vgl. Schetsche 2000) von Kriminalität. Dies wiederum erlaubt weder angemessene Maßnahmen gegen kriminalitätsbezogene Probleme, noch eine adäquate Bewertung von Unsicherheiten in der Bevölkerung. Die „Kokon-Realität“ dient als Vehikel für anders gelagerte Unsicherheiten und

Sorgen und der Straftäter wird damit zum Sündenbock für die allgemeinen Unsicherheiten in spätmodernen Gesellschaften. Bleibt dies unberücksichtigt im politischen Diskurs, ist Politik im Allgemeinen, Kriminalpolitik im Speziellen handlungsunfähig im Sinne einer adäquaten Bearbeitung von und Reaktion auf das Problem „Kriminalität“. Eine Sicherheit, die unter Bezugnahme auf diese „Kokon-Realität“ hergestellt wird, ist eine unreal-täuschende und in ihrer Wirkung fatal, weil sie die Probleme nicht löst, sondern verschärft. Eine tatsächlich nachhaltige Kriminalpolitik darf keine schnellen Lösungen vorgaukeln, sondern muss auf langfristige Alternativen und Änderungen setzen. In dem heutigen schnelllebigen Geschäft von Medien und Politik eine Sisyphusarbeit, der sich kein Politiker freiwillig stellen dürfte.

LITERATUR

- Alex, M. (2010). *Nachträgliche Sicherungsverwahrung. Rechtliche, kriminologische und kriminalpolitische Probleme*. Holzkirchen: Felix Verlag.
- BMI & BMJ (2006). Bundesministerium des Innern und Bundesministerium der Justiz (Hrsg.). *Zweiter Periodischer Sicherheitsbericht*. Berlin: Eigenverlag.
- Bidlo, O. (2011a). Von Lesereportern und Kontrolleuren. Medien und Bürger als Akteure der Überwachung. In: O. Bidlo, C. J. Englert & J. Reichertz (Hrsg.). *Securitainment. Medien als Akteure der Inneren Sicherheit* (S. 111-134). Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.
- Bidlo, O. (2011b). Wenn aus Medien Akteure werden. Der Akteurbegriff und die Medien. In: O. Bidlo, C. J. Englert & J. Reichertz (Hrsg.). *Securitainment. Medien als Akteure der Inneren Sicherheit* (S. 43-55). Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.
- Bidlo, O. & Englert, C. J. (2011). Wenn Innere Sicherheit zur Unterhaltung wird – Securitainment. In: O. Bidlo, C. J. Englert & J. Reichertz (2011). *Securitainment. Medien als Akteure der Inneren Sicherheit* (S. 239-260). Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.
- Bilsky, W., Wetzels, P., Mecklenburg, E. & Pfeiffer, C. (1993). *Subjektive Wahrnehmung von Kriminalität und Opfererfahrung*. Hannover: KFN Forschungsbericht.
- Bynoe, Y. (2007). *Is That 4-Year-Old Really a Sex Offender?* Verfügbar unter: <http://www.washingtonpost.com/wp-dyn/content/article/2007/10/19/AR2007-101901544.html> [05.10.2011]
- Cremer-Schäfer, H. (2003). Ein Klischee von Jugendlichen produzieren immer die anderen. Überlegungen anlässlich eines (vorläufigen) Endes von öffentlichen Debatten über die Jugend als „sozialer Sprengsatz“. In: DJJ (Hrsg.). *Jugend, Gesellschaft und Recht im neuen Jahrtausend. Blick zurück nach vorn. Dokumentation des 25. Deutschen Jugendgerichtstages vom 28. September*

- bis 2. Oktober 2001 in Marburg (S. 175-185). Mönchengladbach: Forum Verlag Godesberg GmbH.
- Dittmann, J. (2005). *Entwicklung der Kriminalitätseinstellungen in Deutschland – eine Zeitreihenanalyse anhand allgemeiner Bevölkerungsumfragen*. Berlin: WZB.
- Dittmann, J. (2009). Unsicherheit in Zeiten gesellschaftlicher Transformation. Zur Entwicklung und Dynamik von Sorgen in der Bevölkerung in Deutschland. In: *SOEP Papers 243*, November 2009.
- Feltes, T. (Hrsg.) (1995). *Kommunale Kriminalprävention in Baden-Württemberg*. Holzkirchen: Felix Verlag.
- Feltes, T. (1996): The Position of the Police between Calls for Help in Crisis and Criminal Prosecution in the Conflict Field of Family Violence. In: D. Frehsee, W. Horn, K.-D. Bussmann (Eds.), *Family Violence against Children*, Berlin, New York 1996, 185-204.
- Feltes, T. (1997). Zur Einführung: New York als Modell für eine moderne und effektive Kriminalpolitik? In: G. Dreher & T. Feltes (Hrsg.). *Das Modell New York: Kriminalprävention durch Zero Tolerance?* (S. 3-15). Holzkirchen: Felix Verlag.
- Feltes, T. (2003): Vandalismus und Sicherheit im öffentlichen Personennahverkehr. *Kriminalistik*, 5, 277-285.
- Feltes, T. (2007). *Nachwort zu: Georg Tenner, Jagd auf den Inseleinschneider*. Oldenburg: Schardt-Verlag. S. 308-316.
- Ferraro, K. (1995). *Fear of Crime: Interpreting Victimization Risk*. Albany.
- Forschungsgruppe Kommunale Kriminalprävention in Baden-Württemberg (1998). Viktimisierungen, Kriminalitätsfurcht und Bewertung der Polizei in Deutschland. *Monatsschrift für Kriminologie und Strafrechtsreform*, 2, 67-82.
- Frevel, B. (2003). Polizei, Politik und Medien und der Umgang mit dem bürgerrechtlichen Sicherheitsgefühl. In: H.-J. Lange (Hrsg.). *Die Polizei der Gesellschaft. Zur Soziologie der Inneren Sicherheit* (S. 321-336). Opladen: Leske + Budrich.
- Grabowsky, P. & Wilson, P. (1989). *Journalism and Justice. How Crime is Reported?* Sydney: Pluto Press.
- Groenemeyer, A. (2010): Wege der Sicherheitsgesellschaft. Transformation der Konstruktion und Regulierung von Unsicherheiten. In: A. Groenemeyer (Hrsg.). *Wege der Sicherheitsgesellschaft. Gesellschaftliche Transformationen der Konstruktion und Regulierung innerer Unsicherheiten* (S. 7-19). Wiesbaden: VS Verlag.
- Hale, C. (1996). Fear of crime: A review of the literature. *International Review of Victimology*, 4, 79-150.
- Heinz, W. & Spiess, G. (2003). Ergebnisse der Bevölkerungsbefragung in Ravensburg/Weingarten. In: D. Dölling, T. Feltes, W. Heinz, H. Kury (Hrsg.). *Kommunale Kriminalprävention. Analysen und Perspektiven* (S. 141-174). Holzkirchen: Felix Verlag.

- Hess, H. (2004). Broken Windows – Zur Diskussion um die Strategie des New York Police Department. *Zeitschrift für die gesamte Strafrechtswissenschaft*, 116, 66-110.
- Hindelang, M. J., Gottfredson, M. R. & Garofalo, J. (1978). *Victims of Personal Crime: An Empirical Foundation for a Theory of Personal Victimization*, Cambridge.
- Hirtenlehner, H. & Hummesheim, D. (2011). Schützt soziale Sicherheit vor Kriminalitätsfurcht? Eine empirische Untersuchung zum Einfluss wohlfahrtsstaatlicher Sicherungspolitik auf das kriminalitätsbezogene Sicherheitsbefinden. *Monatsschrift für Kriminologie und Strafrechtsreform*, 94 (3), 178-198.
- Kerner, H.-J. & Feltes, T. (1980). Medien, Kriminalitätsbild und Öffentlichkeit. Einsichten und Probleme am Beispiel einer Analyse von Tageszeitungen. In: H. Kury (Hrsg.). *Strafvollzug und Öffentlichkeit* (S. 73-112). Freiburg i. Br.: Verlag Rombach.
- Klimke, D. (2008). *Wach- & Schließgesellschaft Deutschland. Sicherheitsmentalitäten in der Spätmoderne*. Wiesbaden: VS Verlag.
- Kräupel, G. & Ludwig, H. (1993). *Wandel kommunaler Lebenslagen, Kriminalität und Sanktionserwartungen. Bevölkerungsbefragung in einer städtischen Region Thüringens 1991/1992*. Freiburg im Breisgau: Max-Planck-Institut für Ausländisches und Internationales Strafrecht.
- Kury, H. & Oberfell-Fuchs, J. (2003a). Kriminalitätsfurcht und ihre Ursachen. *Der Bürger im Staat*, 1, 9-18.
- Kury, H. & Oberfell-Fuchs, J. (2003b): Ergebnisse der Bevölkerungsbefragung in Freiburg i. Br.. In: D. Dölling, T. Feltes, W. Heinz & H. Kury (Hrsg.). *Kommunale Kriminalprävention. Analysen und Perspektiven* (S. 84-140). Holzkirchen: Felix Verlag.
- Lüdemann, C. (2005). Benachteiligte Wohngebiete, lokales Sozialkapital und "Disorder". Eine Mehrebenenanalyse zu den individuellen und sozialräumlichen Determinanten der Perzeption von physical und social incivilities im städtischen Raum. *Monatsschrift für Kriminologie und Strafrechtsreform*, 28 (4), 240-256.
- Maxfield, M. G. (1987). *Explaining fear of crime: Evidence from the 1984 British Crime Survey*. London: Home Office.
- Ortner, H.; Pilgram, A. & Steinert, H. (1998). *Die Null-Lösung. Zero Tolerance-Politik in New York*. Baden-Baden: Nomos Verlag.
- R+V (2011). *Die Ängste der Deutschen 2011. Eine Studie des Infocenters der R+V Versicherung*. Verfügbar unter: <http://www.ruv.de/de/presse/download/pdf/aengste-der-deutschen-2011/20110908-aengste-der-deutschen-grafiken-bundesweit.pdf> [05.10.2011]
- Reichert, J. (2010). Mediatisierung der Sicherheitspolitik oder : Die Medien als selbstständige Akteure in der Debatte um (mehr) Sicherheit. In: A. Groenemeyer (Hrsg.). *Wege der Sicherheitsgesellschaft. Gesellschaftliche Transformationen der Konstruktion und Regulierung innerer Unsicherheiten* (S. 40-60). Wiesbaden: VS Verlag.

- Reuband, K.-H. (1998). Kriminalität in den Medien. Erscheinungsformen, Nutzungsstruktur und Auswirkungen auf die Kriminalitätsfurcht. *Soziale Probleme*, 9, 122-153.
- Reuband, K.-H. (2000): Der „Standardindikator“ zur Messung der Kriminalitätsfurcht – in „skandalöser Weise“ unspezifisch und in der Praxis dennoch brauchbar? *Monatsschrift für Kriminologie und Strafrechtsreform*, 83 (3), 185-195.
- Reuband, K.-H. (2009). Kriminalitätsfurcht. Erscheinungsformen, Trends und soziale Determinanten. In: H.-J. Lange., H. P. Ohly & J. Reichertz (Hrsg.). *Auf der Suche nach neuer Sicherheit. Fakten, Theorien und Folgen* (S. 233-252). Wiesbaden: VS Verlag.
- Rössler, P. (1997). *Agenda-Setting. Theoretische Annahmen und empirische Evidenzen einer Medienwirkungshypothese*. Opladen: Westd. Verlag.
- Sack, F. (2010). Symbolische Kriminalpolitik und wachsende Punitivität. In: B. Dollinger & H. Schmidt-Semisch (Hrsg.). *Handbuch Jugendkriminalität* (S. 63-89). Wiesbaden: VS Verlag.
- Schetsche, M. (2000). *Wissenssoziologie sozialer Probleme. Grundlegung einer relativistischen Problemtheorie*. Opladen: Westdeutscher Verlag.
- Schubarth, W. (2001). Jugendgewalt als Konjunkturthema in den Medien. *Neue Kriminalpolitik*, (3), 24-29.
- Schwind, H.-D., Ahlhorn, W. & Weiss, R. (1989). *Dunkelfeldforschung in Bochum 1986/1987*. Wiesbaden: BKA-Forschungsreihe.
- Sessar, K. (1998). Kriminalitätseinstellungen: Von Furcht zu Angst? In: H.-D. Schwind, E. Kube & H. Kühne (Hrsg.). *Kriminologie an der Schwelle zum 21. Jahrhundert* (S. 399-414). Berlin/New York.
- Skogan, W. G. & Maxfield, M. G. (1981). *Coping with crime. Individual and neighborhood reactions*. Beverly Hills, London: Sage.
- Skogan, W. G. (1986). The Fear of Crime and its Behavioural Implications. In: E.A. Fattah (Hrsg.). *From Crime. Policy to Victim Policy* (S. 167-188). London.
- Streng, F. (2009). Vom Zweckstrafrecht zum Feindstrafrecht? Überlegungen zu den Auswirkungen des neuen Sicherheitsdenkens auf ein „demokratisches Strafrecht“. In: T. Vormbaum (Hrsg.). *Kritik des Feindstrafrechts* (S. 181-202). Berlin: Lit Verlag.
- Wetzels, P., Greve, W., Mecklenburg, E., Bilsky, W. & Pfeiffer, C. (1995). *Kriminalität im Leben alter Menschen. Eine altersvergleichende Untersuchung von Opfererfahrungen, persönlichem Sicherheitsgefühl und Kriminalitätsfurcht*. Ergebnisse der KFN Opferbefragung 1992. Stuttgart: Kohlhammer.
- Windzio, M., Simson, J., Pfeiffer, C. & Kleimann, M. (2007). *Kriminalitätswahrnehmung und Punitivität in der Bevölkerung – Welche Rolle spielen die Massenmedien? Ergebnisse der Befragungen zu Kriminalitätswahrnehmung und Strafeinstellungen 2004 und 2006*. Hannover: KFN-Forschungsbericht.